

chen – Sonntag mehr oder weniger entfremdeten Zeitgenossen erreichen könnte. Was soll er – und damit sind auch die meisten normalen Christenmenschen gemeint – mit einem Satz wie dem folgenden anfangen können: „Gegenüber der Langeweile in einer technisch perfekt funktionierenden Welt wird im Gedächtnis Jesu Christi die Kraft seines Opfers, das Außergewöhnliche seiner Freiheit, die Beständigkeit seiner Liebe erfahren“?

Daß das „Gemeinsame Wort“ zum Sonntag nicht überzeugender ausgefallen ist, hängt aber auch damit zusammen, daß man offensichtlich *zwei Fliegen mit einer Klappe* schlagen wollte oder mußte. In seinem zweiten Teil befaßt sich der Text nämlich mit der Frage der *ökumenischen Gottesdienste am Sonntag* und mit den Regelungen der beiden Kirchen für die Zulassung von Christen der jeweils anderen Kirche zur Eucharistie. Damit werden zwei der drei Themen aufgegriffen, die EKD-Ratsvorsitzender *Eduard Lohse* seinerzeit beim Besuch Johannes Pauls II. in der Bundesrepublik als *protestantische Desiderate* ansprach und die dann auch in das Arbeitsprogramm der nach dem Papstbesuch ins Leben gerufenen Gemeinsamen ökumenischen Kommission aufgenommen wurden.

Man kann sich bei der Lektüre von „Den Sonntag feiern“ des Eindrucks nicht erwehren, die Kommission habe den Einstieg mit dem zwar wichtigen, aber zwischen den Kirchen nicht kontroversen Thema Sonntag nicht zuletzt deshalb gewählt, um damit einigermaßen zu kaschieren, daß sie in den wirklich strittigen Fragen nicht über die Auflistung der divergierenden Positionen hinausgekommen ist. So wirkt der Text wie eine *Verlegenheitslösung*: Er ist weder ein präzises und aussagekräftiges ökumenisches Votum zur Krise und zur Erneuerung des Sonntags, noch zeigt er neue Perspektiven im Blick auf ökumenischen Gottesdienst und eucharistische Gastfreundschaft auf. Allerdings war bei realistischer Einschätzung der Sachlage ein Durchbruch bei diesen Fragen von der Gemeinsamen ökumenischen Kommission auch kaum zu erwarten,

ungeachtet manch hochgespannter Erwartungen nach dem Papstbesuch. Bleibt zweierlei zu hoffen: Daß sich die Kirchen bei einschlägigen Verlautbarungen um eine Sprache bemühen, die den Reichtum ihres Glaubens und seiner vielfältigen Überlieferungsformen wirklich zu erschließen hilft, wobei gerade der Sonntag des Schweißes der Edlen wert wäre. Und daß die Gemeinsame Kommission bei ihrem Projekt der *Aufarbeitung der gegenseitigen Verwerfungen* aus dem Jahrhundert der Reformation zu einem Ergebnis kommt, das der katholisch-protestantischen Ökumene ein Stück weiterhilft. Dann würde sie vielleicht doch noch in die Annalen der ökumenischen Bewegung eingehen. ru

## Nischenpresse

Die *Kirchenpresse* prosperiert nicht. Die Gesamtauflage von ca. 9,5 Millionen täuscht nicht nur wegen ihrer sinkenden Tendenz, sondern weil sich darunter von spärlichen Tageszeitungsresten bis zur Quartalschrift so gut wie alles findet, was im Bereich Kirche journalistisch auf den Markt kommt. Sie kann sich dennoch sehen lassen, und das gilt auch für ihr Kernstück, die Diözesanpresse bzw. die 22 Bistumszeitungen, auch wenn diese mit knapp 1,7 Millionen nur einen kleinen Teil der Gesamtauflage ausmachen. Und sie bemüht sich, jeweils das Beste aus sich zu machen.

Dazu gehört auch, daß sie gelegentlich – wie zu einem *Seminar für Chefredakteure* Ende November in Köln – PR-Experten, Publizistikprofessoren und Kollegen aus profanen Medien einlädt, die den „liebenswerten Dilettanten“ in der Diözesan- und katholischen Magazinpresse verraten, was sie machen würden, säßen sie selbst beispielsweise an einem diözesaneigenen Presseschreibtisch. Die Ermunterung durch die belehrenden Gäste fällt in der Regel um so beherzter aus, je weiter weg die betreffenden Ratgeber

vom kritisierten Sujet sind: den Erfolg nicht scheuen sollen die Kirchenredakteure, zupackender informieren, kommentieren und vor allem auch unterhalten müßten sie. Ratgeber und Helfer ihrer Leser zu sein, sei ihre Aufgabe. Sie hätten für ein möglichst freundliches, fröhliches Erscheinungsbild ihrer Produkte zu sorgen. Und das beginne bekanntlich schon bei der Papierqualität. Schließlich habe auch „Natur“, so deren früherer Herausgeber und künftiger Chefredakteur von „Geo“, *Adolph Theobald*, nicht durch Recycling-Papier beim grünen Publikum reüssieren können. Freilich sei, handwerkliches Können („Professionalität“) vorausgesetzt, jedes Produkt nur so gut wie sein Herausgeber.

Nun läßt sich alles jederzeit und irgendwie verbessern, auch das oft kleinkarierte und wenig diskussions- und freiheitsfreundliche Diözesan- und sonstige kirchliche Klima. Redakteure mit Standvermögen verstehen es durchaus, sich einen gewissen Freiheitsraum zu sichern. Die Kooperation zwischen den Kirchenblättern *insgesamt* könnte über den Abdruck von KNA-Artikeln hinaus verstärkt werden. Der redaktionelle Sachverstand läßt sich sicher immer wieder mal auffrischen und Zielgruppen lassen sich schärfer fixieren und taxieren. Mancher „weltpolitische“ Kommentar, der sich in einem Kirchenblatt mit regionaler Streuung eher seltsam ausnimmt, würde besser nicht geschrieben. Konzentration auf das Lokalkirchliche und bei den großen Themen auf Fragen der religiösen und allgemeinen Lebenshilfe mit entsprechend illustrativer Darstellung, ist gewiß wünschenswert.

Aber wie so oft wurde auch in Köln die Frage erst spät gestellt und wenig ermutigend beantwortet, ob es denn für die Kirchenpresse insgesamt einen *Markt mit Wachstumschancen* gebe. Es gibt ihn kaum. Der Kirchenferne deckt seinen Bedarf an Kircheninformation ohnehin in den allgemeinen Medien. Der Kirchentreue hält die Kirchenzeitung wohl auch nicht primär aus Informationsbedürfnis, sondern aus Anhänglichkeit. Die Chance, sich unentbehrlich zu machen, haben Produkte der Kirchenpresse gegen-

wärtig kaum. Es gibt Einzelerfolge, vor allem im Bereich der Familienillustrierten. Paradebeispiele sind der französische „Pèlerin“ und die italienische „Famiglia cristiana“, aber sie werden Ausnahmen bleiben. Kirchenblätter in die Konkurrenz mit „Brigitte“ oder „Stern“ zu schicken, wäre die Naivität nicht wert, die zu solchen Versuchen rät. Lokalzeitung mit Nischenfunktion, mehr wird insbesondere die Bistumspresse, aber auch das meiste andere, was als Kirchenpresse erscheint, nicht sein können. Ein bißchen lebhafter, gelegentlich auch ein bißchen frecher und vor allem diskussionsfreundlicher kann es dennoch zugehen. Aber es ist keine Schande, sich zur Nischenfunktion zu bekennen, wenn auch der erzielbare Erfolg dann nur Bestandserhaltung heißen kann. Wenn allerdings hier von Nischen die Rede ist, sind nicht Nischen in bischöflichen Palais gemeint, auch wenn diese meist schön sind, sondern die um die öffentlichen Ecken und Plätze, die für vieles den Blick freigeben, was andere mitten im Getümmel nicht ohne weiteres sehen. se

## Spaltung?

Als hätte es nicht schon gereicht, daß im letzten Herbst, ein Jahr nach dem heißen Herbst von 1983, die Fähigkeit der bundesdeutschen Friedensbewegung, die Bevölkerung zu Aktionen gegen Rüstung, Nachrüstung und Nach-nach-Rüstung auf die Straße zu bringen, sichtlich erlahmte. Nun ist der Unfriede auch noch innerhalb der Gruppe der Friedensbewegten selbst ausgebrochen. Die einen „beschleicht Wehmut“ – „man könnte heulen vor lauter schönen Erinnerungen“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt). Die anderen registrieren vorschnell, nicht ohne einen triumphierenden Unterton: „Die ‚Friedensbewegung‘ liegt im Koma. Ihr Ende ist vorprogrammiert“ (Deutsche Tagespost).

Daß die Friedensbewegung in einer

Krise steckt, ist indes unstrittig, ob man dies nun bedauert oder begrüßt. Auf einer Sitzung des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung Ende November wurde es publik: Von seiten der acht (von insgesamt 30 Trägerorganisationen) *christlichen Gruppen* innerhalb dieses Gremiums (die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, die Evangelischen Studentengemeinden, die Friedensbewegung Pax Christi, die Initiative Kirche von unten u. a.) war der Antrag gestellt worden, den Koordinierungsausschuß in ein Beratungs- und Informationsgremium umzuwandeln und das Bonner Büro aufzulösen.

Hintergrund des Begehrens: Nach Ansicht der christlichen Gruppen ist die Zentrale der Friedensbewegung innerhalb des letzten Jahres mehr und mehr „erstarrt“ zu einer Organisation, die Großdemonstrationen plant und durchführt. Probleme der Basis der Friedensbewegung seien vernachlässigt worden. Obendrein sei der Einfluß von Parteien, von den Sozialdemokraten über die Grünen bis hin zur DKP in einem für die Unabhängigkeit der Arbeit unerträglichen Maße gestiegen. *Aktion Sühnezeichen* ließ in dem Zusammenhang verlauten, es gehe nicht an, daß Vertreter der Grünen im Ausland so täten, als verlange die gesamte Friedensbewegung den Austritt aus der NATO. Ebenso wenig könne man sich durch die DKP auf ein Stillschweigen gegenüber den sowjetischen Rüstungsanstrengungen verpflichten lassen. Im Falle der SPD müsse das Verhältnis zur konventionellen Rüstung geklärt werden.

Die christlichen Gruppen wünschen angesichts dieser Lage eine *Stärkung des außerparlamentarischen Charakters* der Friedensbewegung. Im übrigen will man vermehrt der lokalen und regionalen Arbeit Aufmerksamkeit schenken. Da man in der Frage der Arbeitsweise des Koordinierungsausschusses zu keiner einvernehmlichen Lösung kam, trat Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste aus dem Koordinierungsausschuß aus, die sieben anderen Gruppen wandelten ihre Mitgliedschaft in einen Beobachterstatus

um. Die übrigen Gruppen wollen die bisherige Struktur beibehalten. Das Vorgehen der christlichen Gruppen wurde als Versuch der Spaltung bzw. als „Enthauptungsschlag“ bezeichnet. Das letzte Wort in der Angelegenheit allerdings ist noch nicht gesprochen.

Wie immer dieser Streit ausgehen wird, ob der Bruch sich verfestigt oder ob man eine Übergangslösung findet, mit der sich zunächst einmal leben läßt: Bedenken gegenüber dem Entschluß der christlichen Friedensgruppen wird man nicht einfach übergehen dürfen. Daß die christlichen Gruppen sich einen gewissen Freiraum erhalten, die inhaltlichen Ziele nicht *parteilichen Strategieerwägungen* unterordnen wollen, wer könnte dafür nicht Verständnis haben? Zumal man damit auch den Gegnern im eigenen (christlichen) Lager zu verstehen gibt: Euer Gerede von einer Blindheit gegenüber ideologischer Vereinnahmung entbehrt der Grundlage. Außerparlamentarische Bewegungen, zumal wenn sie über einigen Rückhalt in der Bevölkerung verfügen, dürfen sich indes nicht wundern, wenn sie ins Räderwerk von Parteien geraten. Es ist nur allzu verständlich, daß Parteien, zumal wenn sie parlamentarisch in der Opposition stehen, einen Teil dieses Rückhalts für eine Bewegung für eigene Zwecke abzuzweigen versuchen, selbst wenn in der Sache noch vieles unklar ist und keineswegs Einigkeit besteht.

Könnte vor diesem Hintergrund nicht auch der Ruf nach einem „*christlichen Friedensrat*“ als durchaus problematisch erscheinen? Der niederländische „Interkonfessionelle Friedensrat“ (IKV) scheidet als Vorbild ohnehin aus, da dort die Kirchen selbst Mitglied sind; dafür jedoch fehlen in der Bundesrepublik die Voraussetzungen. So sinnvoll es sein kann, christlichen Friedensgruppen mit Hilfe einer solchen Dachorganisation Ermutigung zum Weitermachen, ein Forum der Auseinandersetzung sowie eine Lobby den Kirchenleitungen gegenüber zu bieten, zu bedauern ist zunächst einmal, daß sich Christen aus überkonfessionellen Gremien zurückziehen und unter sich bleiben. In einer christlichen Friedensnische? nt